

# **OBERRHEINRAT – CONSEIL RHENAN**

## **PLENARSITZUNG / SEANCE PLENIERE**

23. Juni 2014 / 23 juin 2014

10.00 Uhr / 10 h 00

Landau

Geschäftsstelle Landesgartenschau Landau 2015, Foyer Etienne

Zusammenfassendes Protokoll – Compte-rendu sommaire

## **Anwesend**

### **Delegation Baden-Württemberg:**

Jürgen Bäuerle, Marion Dammann, Hans-Jörg Erne, Dr. Frank Mentrup, Margret Mergen, Katrin Schütz, Willi Stächele (3. Vizepräsident des Oberrheinrats), Johannes Stober, Dorothea Störr-Ritter

### **Delegation Frankreich:**

Hubert Miehe

### **Delegation Rheinland-Pfalz:**

Theo Kautzmann (Präsident des Oberrheinrats), Martin Brandl, Dr. Fred-Holger Ludwig, Ruth Ratter, Barbara Schleicher-Rothmund, Christine Schneider, Wolfgang Schwarz

### **Delegation Schweiz:**

Elisabeth Augstburger, Regula Bachmann-Steiner, Dr. Christoph Hänggi, Helmut Hersberger (2. Vizepräsident des Oberrheinrats), Dr. Heinrich Überwasser, Sarah Wyss

### **Gäste:**

Hans-Dieter Schlimmer (Oberbürgermeister Stadt Landau), Matthias Schmauder

### **Verwaltung:**

Patrice Harster (Generalsekretär Oberrheinrat), Agnès Carapito, Kristine Clev, Jochen Ehlgötz, Eva Gschwind, Gabrielle Himmelreich, Reinhard Hönle, Anja Laubner, Marc Mackowiak, Damian Zurschmiede

## Tagesordnung

1. Eröffnung ..... S. 4
2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 9. Dezember 2013 ..... S. 4
3. Governance am Oberrhein: Weiterentwicklung der Organisation der grenzüberschreitenden Kooperation ..... S. 4
4. Aktuelle Informationen zum INTERREG-V-Programm..... S. 9
5. Stellungnahmen zu den Beschlüssen des ORR vom 9. Dezember 2013  
Aussprache ..... S. 11
6. Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe des Vorstandes und der  
Kommissionen - Bericht der Vorsitzenden der Kommissionen ..... S. 11
7. Konversion in Landau, Vorstellung der städtischen Konversionsstrategie  
Präsentation: Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister der Stadt Landau .....S. 14
8. Verschiedenes .....S. 15

## **Punkt 1 Eröffnung**

**Präsident Kautzmann** eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden auf dem Gelände der Landesgartenschau Landau 2015. Er kündigt an, dass Herr Oberbürgermeister Schlimmer zu 11.30 Uhr erwartet werde, um dem Oberrheinrat die städtebauliche Konversionsstrategie der Stadt Landau vorzustellen. Er erkundigt sich nach Anmerkungen zu Form und Frist der Einladung zu der heutigen Sitzung.

**Frau Ratter** merkt an, dass ihren Informationen zufolge die schriftlichen Einladungen einigen Mitgliedern insbesondere auf der badischen und elsässischen Seite erst sehr kurzfristig oder gar nicht zugegangen seien, und bittet hierzu und zu möglichen Konsequenzen für die Beschlussfähigkeit um Erläuterungen.

**Präsident Kautzmann** stellt fest, dass die Einladungen im Zuge einer Terminvorkündigung in Zusammenarbeit der Geschäftsstelle des EURODISTRICT REGIO PAMINA mit dem Hauptamt der Stadtverwaltung Landau auf Basis der vorliegenden Mitgliederlisten vollständig, fristgerecht und ordnungsgemäß versandt wurden. Dessen habe er sich selbst vor der Sitzung noch einmal versichert. Vorsorglich werde er eine nochmalige Überprüfung der Aktualität der Mitgliederlisten aller Delegationen veranlassen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung keine schwerwiegenden Beschlüsse vorsehe, hält er eine reguläre Durchführung der Sitzung ungeachtet der vergleichsweise geringen Teilnehmerzahl für vertretbar.

**Präsident Kautzmann** stellt fest, dass sich zahlreiche Mitglieder insbesondere der elsässischen Delegation für die heutige Sitzung entschuldigt haben, darunter auch die beiden Referenten zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4, Herr Richert, Präsident des Conseil Régional d'Alsace, und Herr Belliard, Vorsitzender der Arbeitsgruppe für das Programm INTERREG IV Oberrhein. Nähere Hintergründe zu der geringen Sitzungsteilnahme seien ihm nicht bekannt; er wolle jedoch expressis verbis sein Bedauern hierüber zum Ausdruck bringen.

## **Punkt 2 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 9. Dezember 2013**

*Das Sitzungsprotokoll vom 9. Dezember 2013 wird einvernehmlich genehmigt.*

## **Punkt 3 Governance am Oberrhein: Weiterentwicklung der Organisation der grenzüberschreitenden Kooperation**

**Präsident Kautzmann** wiederholt, dass der als Redner zu diesem Punkt vorgesehene Regionalratspräsident Philippe Richert seine Teilnahme an der Sitzung leider nicht habe ermöglichen können. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang,

dass das Elsass in diesen Tagen intensiv beschäftigt sei mit den Plänen der französischen Regierung zur Neuabgrenzung der Regionen, die u.a. eine Zusammenlegung der Regionen Elsass und Lothringen vorsehen. Ein entsprechender Gesetzentwurf solle kurzfristig verabschiedet werden, was eine andere Prioritätensetzung der französischen Delegationsmitglieder zulasten oberrheinischer Themen im Moment durchaus erklären könne.

Er stellt fest, dass Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz in den vergangenen Jahren stets gemeinsam bemüht waren, die Kooperation in kleinen Schritten voranzubringen. Ungeachtet verschiedener Fortschritte bestehe Einigkeit darüber, dass die Zusammenarbeit noch verbesserungswürdig ist. Herr Hersberger habe in seiner Zeit als Oberrheinratspräsident in 2013 bereits verschiedene Positionen hierzu entwickelt, die er nun zusammenfassend vortragen werde. Im Anschluss daran werde Herr Stächele seine Sichtweise darlegen und schließlich seien alle Delegationsmitglieder aufgerufen, sich in die Diskussion einzubringen und ihre Meinung zu äußern.

Die bisherige Arbeit des Oberrheinrats, so **Präsident Kautzmann** weiter, habe im Wesentlichen in der Erarbeitung, Verabschiedung und Weiterleitung von Resolutionen zu aktuellen Themen bestanden und damit in politischer Unterstützungsarbeit für gesamtoberrheinische Erfordernisse und Interessen. Die direkte Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Oberrheinkonferenz bzw. deren Arbeitsgruppen funktioniere dabei nur in Ansätzen; nach wie vor werden oft dieselben Themen behandelt und insoweit Doppelarbeit geleistet. Diesbezüglich ließen sich durch Neuregelungen sicher Synergieeffekte erzielen.

**Herr Hersberger** führt einleitend aus, dass ihm die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltungsebene (Oberrheinkonferenz - ORK) und der politischen Ebene der Parlamentarier (Oberrheinrat - ORR) seit langem ein wichtiges Anliegen sei. Bereits vor seiner Zeit als Oberrheinratspräsident in 2013 habe er sich dafür engagiert, diese Zusammenarbeit zu stärken. Zu den frühen Maßnahmen in diesem Sinne zählen die gegenseitige Einladung der Kommissions- bzw. Arbeitsgruppenvorsitzenden wie auch der Präsidenten von Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz zu den jeweiligen Sitzungen. Allerdings würden diese bescheidenen Verbesserungen nicht konsequent umgesetzt, weshalb der Zeitpunkt richtig sei, sie erneut in Erinnerung zu rufen. Tatsächlich sei er im Zuge der Vorbereitung auf die heutige Sitzung selbst überrascht gewesen, dass es gar nicht notwendig sei, alles neu zu definieren oder zu entscheiden, sondern es zunächst darum gehe, die bereits gefassten Beschlüsse zur Verbesserung der Zusammenarbeit zielstrebig umzusetzen. Als Beleg ruft er die in 2012 gemeinsam verabschiedeten "Eckpunkte einer Good Governance" in Erinnerung, empfiehlt diese zur nochmaligen Lektüre und zitiert einige der dort definierten Ziele:

- jährliche Festlegung gemeinsamer thematischer Arbeitsschwerpunkte bzw. Projekte im Sinne der Strategie 2020 und in Anknüpfung an die INTERREG-Schwerpunkte
- Erhöhung der Effizienz und Transparenz der Zusammenarbeit durch eine verstärkte Zusammenarbeit von ORR und ORK zwecks Realisierung einer integrierten Steuerung und inhaltlichen Arbeitsteilung
- koordinierte Festlegung der jährlichen Arbeitsprogramme von ORR und ORK und Abstimmung mit den übrigen politischen Akteuren am Oberrhein

- regelmäßiger Kontakt zwischen den Präsidenten der Kommissionen des ORR und den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der ORK
- regelmäßige Treffen der Delegationssekretäre von ORR und ORK und Austausch der Sitzungsprotokolle

Mit der Gründung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein in 2010 sei ein neuer Meilenstein gesetzt worden, der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen sei rückblickend aber zu wenig Priorität eingeräumt worden. Es sei an der Zeit, der Umsetzung das Wort zu reden und verstärkt die Zusammenarbeit zu suchen. Er sei gespannt auf die weitere Diskussion.

**Präsident Kautzmann** dankt für die einführenden Worte als Diskussionsgrundlage. Er selbst sieht zwei zentrale Probleme für die Umsetzung, nämlich zum einen die starke Beanspruchung der ORR-Mitglieder durch ihre politischen Aufgaben und hauptberuflichen Tätigkeiten, zum anderen das Fehlen eines Sekretariats zur Erledigung der erforderlichen Vorbereitungs- und Organisationsarbeiten. Die Lösung bestehe nicht darin, neben dem vorhandenen ORK-Sekretariat in Kehl ein zweites Büro einzurichten, sondern die Koordinationsaufgaben in einer gemeinsamen Stelle gebündelt wahrzunehmen.

**Herr Hersberger** warnt davor, in dieser Sitzung funktionierende Lösungen vorzuschlagen. Stattdessen plädiert er dafür, wie dies auch im Präsidium einvernehmlich erörtert worden sei, eine gemischte Kommission aus Vertretern von ORK und ORR zu bilden, die dann auf der Grundlage der "Eckpunkte einer Good Governance" und der Strategie 2020 der TMO Lösungsvorschläge erarbeiten soll.

**Präsident Kautzmann** stimmt dem Ansatz der Bildung einer gemischten Arbeitsgruppe zur ergebnisoffenen Diskussion der anstehenden Fragen zu.

**Herr Stächele** erinnert daran, dass die Fragen der Effizienz und Nachvollziehbarkeit der Kooperation am Oberrhein durch die Bevölkerung schon länger im Raum stehen. Der Oberrheinrat sei Ende der 90-er Jahre mit gutem Grund gegründet worden, um den politischen Willen für den Oberrhein zu formulieren. Es sei schnell deutlich geworden, dass die Effizienz der Arbeit unter dem Fehlen eines administrativen Unterbaus, u.a. zur Kontrolle der Umsetzung der verabschiedeten Resolutionen, leide. In diesem Zusammenhang zu sehen sei der in einer früheren Plenarsitzung beschlossene Prüfauftrag für die Einrichtung eines ORR-Sekretariats mit INTERREG-Unterstützung. Seinem Eindruck nach hat die Konfusion begonnen mit der Bildung der Säulen der TMO, insbesondere der Säule Politik. Hier sei der Grundstein gelegt worden für einen Dualismus, der zunehmend als ineffizient wahrgenommen werde. Heute gehe es darum, den Vorstoß zu wagen, die Dinge auf den Prüfstand zu stellen, ohne die Grundanliegen der politischen und Verwaltungszusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren, und hierüber auch noch einmal intensiv das Gespräch mit den französischen Partnern zu suchen. In diesem Sinne unterstütze er den Vorschlag von Herrn Hersberger, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, das dann schlüssig in ORK und ORR vorgestellt werden könne.

**Präsident Kautzmann** bekräftigt den Eindruck, dass im Zuge des gemeinsamen und einvernehmlichen Hinwirkens auf den Status der TMO mit der Säule Politik eine ineffiziente Doppelstruktur geschaffen wurde. Im Übrigen wolle er daran erinnern, dass

in Anbetracht rückläufiger Sprachkenntnisse und daraus resultierender zunehmender Bedarfe für professionelle kostenintensive Übersetzungsleistungen eine Geringhaltung der Sitzungszahlen eine Frage der Vernunft sei.

**Frau Störr-Ritter** erinnert an viele Sitzungen und Vorschlagspapiere der Vergangenheit, in deren Folge das Thema heute allen präsent sei und keine Grundsatzkontroversen hervorrufe. Sie unterstützt den Vorschlag der Bildung einer Arbeitsgruppe, in der alle drei Partner vertreten sind und engagiert mitarbeiten, und die ohne Zeitdruck und ergebnisoffen die anstehenden, im Detail sicher auch strittigen Fragen, diskutiert. Sie gehe davon aus, dass über dieses Vorgehen grundsätzliches Einverständnis besteht und der Präsident von dem Plenum heute grünes Licht erhalte, die entsprechenden Schritte in die Wege zu leiten.

**Präsident Kautzmann** unterstreicht, dass er nicht Befürworter zweier parallel arbeitender Sekretariate von ORK und ORR sei, sondern sich effiziente Lösungen wünsche. In Bezug auf den Oberrheinrat habe sich die in den vergangenen Jahren mit der Präsidentschaft wechselnde Wahrnehmung der Sekretariatsfunktion nicht bewährt. Er bittet um weitere Meinungsäußerungen.

**Herr Bäuerle** erinnert seinerseits an vielzählige Erörterungen der Thematik in der Vergangenheit, darunter die Vorstandsklausurtagung am 21. April 2013, und bestätigt die Existenz von Doppelstrukturen und Optimierungspotenzialen. Für die Kommission Verkehr-Raumordnung könne er als Kommissionspräsident feststellen, dass die Kooperation mit der Arbeitsgruppe Raumordnung der ORK sich gut eingespielt habe. Er begrüßt die Initiative von Philippe Richert, die Strukturen am Oberrhein auf den Prüfstand zu stellen und hierfür eine Kommission einzusetzen, die klassisch vorgehen sollte: Bestandsaufnahme, Stärken-Schwächen-Analyse, Formulierung von Handlungsbedarfen und Zielen. Der Oberrheinrat sollte heute der Einsetzung einer solchen Kommission zustimmen und den Präsidenten beauftragen, auf der Basis der bereits getroffenen Festlegungen und Vereinbarungen mit dem ORK-Präsidenten das weitere Vorgehen festzulegen und dem Oberrheinrat hierüber regelmäßig zu berichten.

**Frau Schleicher-Rothmund** unterstützt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die sich konstruktiv mit den vorhandenen Strukturen und bereits verfassten Papieren befasst mit dem Ziel, die Zusammenarbeit am Oberrhein effizient zu gestalten und mit Leben zu füllen. In Bezug auf die TMO legt sie Wert auf die Feststellung, dass die Säule Wissenschaft nach ihrer Wahrnehmung sehr gut funktioniert und z.B. mit INTERREG-Unterstützung konkrete Projekte realisiert, konzidiert allerdings, dass die Säulen Zivilgesellschaft und Politik schwieriger zu greifen seien.

**Präsident Kautzmann** bekräftigt, dass die TMO-Säulen Wirtschaft und Wissenschaft gute Arbeit leisten.

**Herr Dr. Mentrup** führt aus, dass die Strukturen, Arbeitsweisen und Zielorientierungen am Oberrhein für jemanden wie ihn, der er relativ neu in diese Gremien hinzugestoßen sei, schwer nachzuvollziehen seien. Insofern begrüße er eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, welche Strukturen sich mit welchen Themen am Oberrhein beschäftigen. Eine Neustrukturierung der Zusammenarbeit dürfe sich dabei nicht von dem Prinzip der Bestandswahrung leiten lassen, sondern müsse vorausschauend die Themen der Zukunft definieren und auf dieser Basis die für eine

effiziente Aufgabenwahrnehmung geeigneten Gremien bilden. Am Ende dieses kritischen Diskussionsprozesses müsse eine klare, effizient arbeitende Struktur der Zusammenarbeit stehen, die sich auch einem Außenstehenden erschließe bzw. überzeugend erklären lasse. Er unterstreicht nachdrücklich, keine der bestehenden, historisch gewachsenen Einrichtungen a priori in Frage stellen zu wollen, sondern es gehe ihm um eine objektive Analyse und erforderlichenfalls Reform der bestehenden Strukturen und Aufgabenzuordnungen, damit die Akteure sich mit ihrem Engagement treffsicher, effektiv und erfolgreich einbringen und die Themen grenzüberschreitend voranbringen können. Dabei sei es in der aktuellen Situation unerlässlich, auf die französischen Partner mit ihren sich möglicherweise ändernden Prioritäten und Bedürfnissen Rücksicht zu nehmen und sie intensiv in die weiteren Überlegungen einzubinden. Er stehe selbst gerne zur Verfügung, um in der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe mitzuwirken.

**Präsident Kautzmann** bedankt sich für den konstruktiven Beitrag und bekräftigt, dass er seinerseits nicht gewillt sei, das Nebeneinander und ritualisierte Arbeiten von Parallelstrukturen zu unterstützen, wenn offenkundig im Zusammenwirken Potenzial für mehr Effizienz und bessere Ergebnisse liege. Hier sei ein Brückenschlag notwendig zwischen administrativer und politischer Ebene, um die Themen besser zu transportieren. Er habe die Weichenstellung für eine Neuorganisation der Oberrhein-Kooperation zu einem Schwerpunkt seiner Präsidentschaft gemacht und sei zuversichtlich, das Thema in diesem Jahr voranzubringen.

**Frau Ratter** stimmt Herrn Dr. Mentrup zu in seiner Einschätzung, dass die grenzüberschreitenden Strukturen und Zuständigkeiten für Neulinge in der Oberrhein-Kooperation schwer zu durchblicken sind. Sie hält ein "Standardpapier" für erforderlich, in dem, insbesondere für Neueinsteiger in der Kooperation, alle bestehenden Strukturen und Zuständigkeiten übersichtlich dargestellt und erklärt werden. Sie führt weiter aus, dass sie in den drei Jahren ihrer Oberrhein-Mitgliedschaft sehr informative und hilfreiche Kommissionssitzungen erlebt habe. Generell wünsche sie sich mehr Transparenz und Offenheit untereinander; so bedauere sie sehr, dass die französische Delegation heute nur mit einem Vertreter präsent sei, ohne dass die näheren Umstände für jeden klar erkennbar und nachvollziehbar seien. Sie unterstreicht, dass sie eine stärkere Zusammenarbeit und einen hierauf zielenden gemeinsamen Reflexionsprozess der bestehenden Gremien sehr unterstütze, geleitet auch von der Überlegung, ob sich der Oberrheinrat im Zusammenwirken mit den anderen Gremien mehr Kompetenzen erarbeiten kann.

**Monsieur Miehe** zeigt sich selbst überrascht von der schwachen Präsenz der französischen Delegation, die er sich nicht erklären könne. Er sei heute hier, weil er eine Geschichte mit sich trage, eine generationenübergreifende Familiengeschichte. Es gehe nicht um Institutionen, sondern um Inhalte, und ohne gemeinsame Lösungen werde der Oberrhein zurückzufallen in die Vergangenheit, die von Trennung geprägt war. Der Oberrheinrat dürfe sich seine Themen nicht von der Oberrheinkonferenz vorschreiben lassen, sondern müsse sich um seiner Glaubwürdigkeit willen stärker den Bedürfnissen der Menschen zuwenden, den Problemen des Alltags in der grenzüberschreitenden Nachbarschaft wie z.B. die deutsche Rentenbesteuerung der Grenzgänger, die Hochwasserrückhaltung am Rhein oder, im Verkehrsbereich, die Schienenverbindung Colmar-Freiburg. Der Oberrheinrat würde besser wahrgenommen und anerkannt, wenn er sich mehr für die Anliegen und das Zusammenwachsen der Zivilbevölkerung engagierte. Er stimmt Herrn Mentrup zu, dass man nicht wei-

termachen könne wie bisher, wenn die Bevölkerung nicht verstehe, was wir tun und für wen wir es tun. Am Beispiel der leidvollen Geschichte seiner eigenen Familie macht er deutlich, dass wir hier am Oberrhein allen Grund haben, etwas Langfristiges, Dauerhaftes zu entwickeln, das uns beiderseits der Grenze als Brüder gemeinsam gut leben lässt.

**Herr Hersberger** dankt für diese "flammende Überzeugung trinationaler Zusammenarbeit". Es führe kein Weg daran vorbei, dass die Zusammenarbeit am Oberrhein nur trinational erfolgreich organisiert werden könne.

**Präsident Kautzmann** schließt sich dem Dank an und greift die Flamme der Überzeugung auf, die es weiterzutragen gelte in der Zuversicht auf ein besseres Ergebnis. Er sei überzeugt, dass sich Schritt für Schritt die Einsicht durchsetzen wird, dass es künftig neuer Formen der Kooperation und eines gebündelten Ressourceneinsatzes bedarf, um Erfolg zu haben.

*Ohne förmliche Abstimmung wird als Ergebnis der Beratungen festgehalten, dass es der Wunsch der Mitgliederversammlung ist, dass Oberrheinrat und Oberrheinkonferenz über die organisatorische Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation am Oberrhein ins Gespräch kommen und in der nächsten Plenarversammlung über den Fortgang der gemeinsamen Bemühungen berichtet wird.*

#### **Punkt 4**

##### **Aktuelle Informationen zum INTERREG-V-Programm**

**Präsident Kautzmann** bittet Herrn Harster um einen kurzen Sachstandsbericht zum INTERREG V – Programm.

**Herr Harster** stellt klar, dass er nicht als Vertreter von Herrn Belliard oder eines anderen Mitglieds des INTERREG-Begleitausschusses spreche, sondern er sich auf Bitte des Oberrheinratspräsidenten bereit erklärt habe, auf der Basis seiner eigenen Gremienmitgliedschaften und INTERREG-Erfahrungen den Oberrheinrat heute über das künftige Programm zu informieren. Insgesamt, so führt er aus, werden dem Oberrhein in der neuen Programmperiode 2014/15 – 2020 mit ca. 109 Mio Euro deutlich mehr INTERREG-Mittel zur Verfügung stehen als in der Vorgängerperiode (67 Mio Euro). Zu der Mittelaufteilung auf einzelne Maßnahmenbereiche liegen seitens der weiterhin bei der Région Alsace angesiedelten Programmverwaltungsfunktion noch keine Angaben vor. Das Operationelle Programm ist derzeit in Arbeit und soll voraussichtlich am 10. Juli 2014 vom Begleitausschuss verabschiedet werden. Die EU-Kommission hat sodann drei Monate Zeit für eine Stellungnahme, so dass im Idealfall noch vor Jahresende die ersten Förderanträge im Begleitausschuss behandelt werden könnten. Im Unterschied zu den Vorgängerprogrammen gelte es in INTERREG V neben Maßnahmen vor allem auch Ziele zu benennen, die erreicht werden müssen. Von den elf von der Kommission vorgegebenen Zielen hat der Begleitausschuss für den Oberrhein folgende vier Zielbereiche (Achsen) ausgewählt:

- Intelligentes Wachstum am Oberrhein
- Nachhaltiges Wachstum am Oberrhein
- Integratives Wachstum am Oberrhein
- Territoriale Zusammenarbeit am Oberrhein

Diese vier Hauptziele seien wiederum untergliedert in kleinere Ziele. Er hebt insbesondere das in der Achse D genannte Unterziel "Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Verwaltungen und Bürgern" hervor, in das die Kleinprojektfonds sowie Begegnungs- und Austauschprojekte auf Verwaltungsebene fallen. Im Unterschied zu den anderen Achsen sei für die künftigen Projekte in der Achse D ein Fördersatz von 60 % (statt 50 %) beschlossen worden. Entsprechend den Wünschen der EU-Kommission präzisiert das Operationelle Programm explizit auch die Art und Weise, wie die Eurodistrikte mit der Ebene des Oberrheins zusammenarbeiten sollen im Hinblick auf eine integrative, kohärente Programmumsetzung.

**Präsident Kautzmann** dankt Herrn Harster für seine Ausführungen und seine Bereitschaft, auf eventuelle Nachfragen der Mitglieder des Oberrheinrats einzugehen.

**Frau Störr-Ritter** erkundigt sich nach den Fördermöglichkeiten für investive Maßnahmen im Rahmen von INTERREG V sowie nach den Aussichten für eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für Kleinprojekte.

**Herr Harster** bejaht die Förderfähigkeit von Investitionen am Beispiel des im Entwurf des Operationellen Programms genannten Ziels "Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen". Die Höhe des auf diesen Zielbereich entfallenden Fördermittelanteils stehe allerdings noch nicht abschließend fest. Bezüglich der Kleinprojekte führt er aus, dass drei Treffen der Träger der Kleinprojektfonds mit der INTERREG-Verwaltungsbehörde stattgefunden haben. Man könne heute sicher davon ausgehen, dass die Kleinprojektfonds auf Ebene der Eurodistrikte im Rahmen von INTERREG V weitergeführt werden können; dies sei auch der Wunsch der Begleitausschuss-Vorsitzenden Frau Schäfer, Regierungspräsidentin von Freiburg, die zu diesem Zweck ein weiteres Treffen mit allen relevanten Verwaltungsebenen im September 2014 vorgesehen habe. Auf dieser Grundlage und nach einem entsprechenden positiven Signal der CICC (*commission interministerielle de coordination des contrôles*) als oberste Kontrollbehörde sei im Herbst 2014 mit den konkreten Umsetzungsmodalitäten zu rechnen. Die Eurodistrikte selbst hätten großes Interesse an der Weiterführung der Kleinprojektfonds und hätten in der Vergangenheit erfolgreich bewiesen, dass sie in der Lage seien, diese Rahmenprojekte zu managen. So habe der EUODISTRICT REGION PAMINA den Kleinprojektfonds PAMINA21 mit einem Realisierungsgrad von 99 % abgeschlossen.

**Präsident Kautzmann** unterstreicht den Wert der von Seiten eines praktizierenden Kenners der Materie erhaltenen Informationen und kündigt an, dass das Thema in Anbetracht seiner Bedeutung auch in den kommenden Jahren Gegenstand einer regelmäßigen Berichterstattung in den Gremien des Oberrheinrats bleiben werde.

*Der Oberrheinrat nimmt von dem aktuellen Sachstand zum Programm INTERREG V Oberrhein Kenntnis.*

## **Punkt 5**

### **Stellungnahmen zu den Beschlüssen des ORR vom 9. Dezember 2013**

**Präsident Kautzmann** stellt fest, dass die zu den Beschlüssen eingegangenen Stellungnahmen den Mitgliedern des Oberrheinrats mit den Sitzungsunterlagen zugegangen sind und die Inhalte insoweit als bekannt vorausgesetzt werden können. Er erkundigt sich, ob insbesondere seitens der Kommissionsvorsitzenden das Wort zu den vorliegenden Stellungnahmen gewünscht werde.

*Zu den eingegangenen Stellungnahmen zu den Beschlüssen des Oberrheinrats vom 9. Dezember 2013 gibt es keine Wortmeldungen.*

## **Punkt 6**

### **Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe des Vorstandes und der Kommissionen**

**Präsident Kautzmann** bittet die Kommissionsvorsitzenden um ihre Berichte sowie gegebenenfalls Einbringung neuer Resolutionsanträge.

**Frau SCHLEICHER-ROTHMUND** verweist auf zwei von der Kommission Kultur-Jugend-Bildung vorgelegte Resolutionsentwürfe. Die erste Resolution bezieht sich auf die Förderung der Bilingualität und damit auf eine Daueraufgabe der Kommission. Die generelle Zielrichtung sei klar, die hohe Bedeutung der Förderung der Zweisprachigkeit im grenzüberschreitenden Raum unstrittig. Sie weist darauf hin, dass im Ergebnis der Beratungen im Vorstand der vorliegende Resolutionsentwurf unter Ziffer 8 geändert werden soll, indem die Formulierung „stößt die Überlegung an“ durch die deutlichere Wortwahl „wünscht“ ersetzt wird. Die Wichtigkeit des Anliegens einer dauerhaften Fortführung bilingualer Unterrichtsangebote rechtfertige diese stärkere Wortwahl.

*Der Resolutionsentwurf "Bilingualität an Grundschulen" wird ohne weitere Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen.*

**Frau SCHLEICHER-ROTHMUND** wendet sich dem zweiten Resolutionsentwurf der Kommission zu und berichtet über die letzte Sitzung der Kommission Kultur-Jugend-Bildung in Niederbronn-les-Bains in der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eingerichteten und finanzierten Jugendbegegnungsstätte Albert Schweitzer in unmittelbarer Nachbarschaft zu einem deutschen Soldatenfriedhof mit über 15.000 Kriegsgräbern. Sie informiert über die (Fort-) Bildungsaktivitäten dieser Einrichtung für Jugendliche und auch Lehrkräfte und über eine dort installierte Dauerausstellung über Einzelschicksale aus dem 2. Weltkrieg. Beeindruckt zeigt sie sich insbesondere von den Erzählungen des Leiters der Jugendbegegnungsstätte, denen zufolge immer wieder, zuletzt 2014, Kriegstote gefunden und nach Niederbronn überführt werden und sodann versucht werde, die Opfer zu identifizieren, Angehörige ausfindig zu machen und zu verständigen. Die Kommission habe vor Ort den Eindruck gewonnen, dass das Centre Albert Schweitzer eine sehr gute und wichtige Arbeit leiste, und un-

terstütze deshalb auch das Ansinnen der Einrichtung in Niederbronn, die vorhandenen Räumlichkeiten zu erweitern und in Teilen zu modernisieren. Sie informiert weiter, dass die Kommissionssitzung in Niederbronn auch Gelegenheit bot, eine weitere, dort vorübergehend installierte Wanderausstellung im Kontext des 100-jährigen Gedenkens an den ersten Weltkrieg zu besichtigen. Es handle sich hierbei um eine deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion, die Einzelschicksale im ersten Weltkrieg am Oberrhein dokumentiere. Sie schließt ihre Ausführungen mit dem Satz des Leiters der Jugendbegegnungsstätte in Niederbronn "Wer den Frieden will, muss über den Krieg reden" und bittet die Mitglieder des Oberrheinrats um Unterstützung für die Resolution zur Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege.

*Der Resolutionsentwurf "Jugendarbeit im Bereich des Gedenkens an die Weltkriege" wird ohne weitere Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen.*

**Präsident Kautzmann** dankt Frau Schleicher-Rothmund für ihre Ausführungen und bittet Herrn Bäuerle um seinen Bericht.

**Herr BÄUERLE** dankt zunächst Frau Schleicher-Rothmund dafür, dass das von ihm in der Vorstandssitzung vom 19. Mai 2014 vorgetragene Anliegen betreffend die Dauerhaftigkeit von zweisprachigen Unterrichtsmodulen an Grundschulen des Landkreises Rastatt von der Kommission Kultur-Jugend-Bildung kurzfristig aufgegriffen und dem Oberrheinrat heute in Form eines Resolutionsentwurfs zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Er berichtet sodann, dass die Kommission Verkehr-Raumordnung sich in ihrer Sitzung am 14. März 2014 mit verschiedenen grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten beschäftigt hat, darunter die Bahnverbindung Colmar-Breisach. Die Kommission sei übereingekommen, im Hinblick insbesondere auf künftige INTERREG-Fördermöglichkeiten eine Gesamtschau aller Verkehrsprojekte am Oberrhein erarbeiten zu lassen. Derzeit werde die Frage geprüft, wer diese Arbeit unter Berücksichtigung der vielen bereits vorhandenen Studien einerseits, der knappen personellen Ressourcen andererseits effizient leisten könne. Ein neues Projekt könne sich aktuell aus dem abgeschlossenen INTERREG-Projekt zu den Rheinübergängen zwischen Gamsheim und Lauterbourg ergeben. Im Ergebnis dieses vom Generalrat Bas-Rhin getragenen INTERREG IV-Projekts zeige sich, dass im Bereich Beinheim-Iffezheim/Wintersdorf Ertüchtigungen der dort bestehenden Rheinquerungen insbesondere für den nicht-motorisierten Individualverkehr erforderlich und möglich seien. Ein weiterer Schritt wird jetzt darin bestehen, die funktionellen Auswirkungen und Herausforderungen herauszuarbeiten sowie die technischen, finanziellen und juristischen Aspekte näher zu beleuchten. Die Kommission werde diese Thematik voraussichtlich in ihrer Herbstsitzung wieder aufrufen, ebenso wie das Thema "Fortschreibung der raumplanerischen Leitbilder". Nachdem mit der "Willenserklärung zur Förderung der gegenseitigen Information und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Raumplanung am Oberrhein" bereits ein wichtiger Schritt für eine kohärente Raumentwicklung gemacht wurde, gehe es nun um die Frage, ob man sich auch auf gemeinsame Leitbilder verständigen kann. Die genannten Themen seien derzeit alle noch in Bearbeitung bzw. Vorbereitung und werden die Kommission weiterhin beschäftigen. Resolutionen werden von der Kommission deshalb heute nicht vorgelegt.

**Präsident Kautzmann** dankt Herr Bäuerle für seinen Bericht.

*Zu dem Bericht aus der Kommission Verkehr-Raumordnung gibt es keine Wortmeldungen.*

**Präsident Kautzmann** gibt das Wort an den Vorsitzenden der Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt.

**Herr Brodbeck** berichtet von der Sitzung der Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt am 31. März 2014, in deren Folge heute keine Resolutionen vorgelegt würden. In der Sitzung ging es erneut um das Thema der grenzüberschreitenden Berufsausbildung und die Frage, warum die Schweiz an der diesbezüglich zwischen dem Elsass, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg geschlossenen Rahmenvereinbarung nicht teilnimmt. Tagungsort war die in allen drei Ländern tätige und Lehrlinge ausbildende Firma Endress & Hauser.

Wie sich gezeigt habe, lasse zwar das Schweizer Ausbildungssystem eine Mitarbeit an der Rahmenvereinbarung nicht zu, dennoch gebe es auch in der Schweiz Möglichkeiten für grenzüberschreitende Berufsausbildungen. Derzeit machten im Rahmen der Grenzgängerstatuts rund 150 Lehrlinge aus Deutschland bzw. Frankreich ihre Ausbildung in der Schweiz. Er verweist auf ein Schreiben des Arbeitgeber- und Gewerbeverbandes Basel und Basel-Land in den Sitzungsunterlagen, in dem Interesse für eine aktive Unterstützung der grenzüberschreitenden Ausbildung bekundet wird und deutsche und französische Schulen eingeladen werden, die diesjährige Basler Berufs- und Weiterbildungsmesse (23. – 25. Oktober 2014) zu besuchen und mit Schweizer Betrieben in Kontakt zu treten. In diesem Sinne sei der Austausch in der Kommissionssitzung durchaus ermutigend gewesen hinsichtlich der Schweizer Beteiligung an der grenzüberschreitenden Berufsausbildung.

*Zu dem Bericht aus der Kommission Wirtschaft-Arbeitsmarkt gibt es keine Wortmeldungen.*

**Präsident Kautzmann** dankt den Kommissionsvorsitzenden noch einmal für ihre Berichte und stellt fest, dass der Bericht aus der Kommission Landwirtschaft-Umwelt aus personellen Gründen leider entfallen müsse. Er ruft einen von der französischen Delegation eingebrachten Antrag zur Europäischen Krankenversicherungskarte auf und bittet Herrn Harster um eine kurze Erläuterung.

**Herr Harster** führt aus, dass es sich um ein französisches Anliegen handele, nämlich den Wunsch nach einem Gleichziehen des französischen Staates mit der in Deutschland und anderen Ländern bereits eingeführten einfacheren Ausstellungspraxis der Europäischen Krankenversicherungskarte auf der Rückseite der inländischen Krankenversicherungskarte. Entsprechend werde der Antrag in erster Linie an den französischen Staat adressiert; die Regierungen der deutschen und schweizerischen Oberrheinpartner erhielten den Antrag lediglich zur Information.

**Präsident Kautzmann** bringt seine Unterstützung für den Antrag zum Ausdruck und bittet um Zustimmung der anwesenden Mitglieder.

*Der Antrag zur Europäischen Krankenversicherungskarte wird ohne weitere Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen.*

## **Punkt 7**

### **Konversion in Landau, Vorstellung der städtischen Konversionsstrategie**

**Präsident Kautzmann** begrüßt den eingetroffenen Oberbürgermeister der Stadt Landau, Herrn Schlimmer, und bittet ihn umgehend um seinen Vortrag.

**Herr Schlimmer** begrüßt die Mitglieder des Oberrheinrats sehr herzlich in Landau, auf dem Gelände der Landesgartenschau 2015, deren Eröffnung im Kontext zusätzlich erforderlich gewordener Geländesondierungen auf dem militärischen Konversionsareal um ein Jahr verschoben werden musste.

Er würdigt das gemeinsame grenzüberschreitende Engagement der oberrheinischen Politiker als gute Lehre aus der Geschichte. Der Oberrhein sei Gewinner der europäischen Einigung, und es gebe gerade in diesem Bereich mit verbreiteter Vollbeschäftigung und sehr hoher Lebensqualität keinen Grund für Europamüdigkeit.

Er stellt anhand einer Präsentation die von der militärischen Vergangenheit geprägte städtebauliche Entwicklung der Stadt Landau vor, die heute über 45.000 Einwohner zählt und deren Expansion maßgeblich im Zusammenhang steht mit der Schleifung der Festungsmauern Ende des 19. Jahrhunderts (Entstehung des bis heute erhaltenen Ringstraßensystems) und der beginnenden Konversion der Kasernenbauten am Stadtrand Ende des 20. Jahrhunderts. Im Jahr 1999 wurden die letzten militärisch genutzten Areale und Liegenschaften freigegeben und verließen die letzten von zeitweise bis zu 7000 französischen Soldaten mit ihren Familien die Stadt. Insgesamt war Landau 130 Jahre französisch, wobei die von den Franzosen bis zuletzt genutzten Kasernen aus der fast eben so lange währenden bayerischen Zeit der Stadt stammten. Das für die langfristige Konversion der militärischen Areale entwickelte städtebauliche Rahmenkonzept umfasst sowohl gewerbliche als auch wohnbauliche Entwicklungen bei gleichzeitiger Stabilisierung der Zentrumsfunktion und bestmöglicher Integration der denkmalgeschützten Bausubstanz. Die Entwicklung der integrierten Stadtteildörfer soll sich in diesem Rahmen auf eine behutsame Eigenentwicklung beschränken. Die langfristig angelegte Konversion habe durch die Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Landesgartenschau einen zusätzlich, den Prozess dynamisierenden Schub erhalten. Mit der Realisierung der Landesgartenschau wird ein ganzer Stadtteil neu entwickelt; die Kosten belaufen sich allein im investiven Bereich auf 35 Mio €. Ohne diesen langfristigen städtebaulichen, zukunftsorientierten Aspekt mit Signalwirkung für Stadt, Region und Land wären Aufwand und Kosten für eine Landesgartenschau unter heutigen Rahmenbedingungen nicht zu rechtfertigen. Ungeachtet des aktuell begründeten Schwerpunkts auf städtischen Projekten sei Landau aber immer auch bemüht, seine Rolle in der PAMINA-Region, in der Metropolregion Rhein-Neckar, der TechnologieRegion Karlsruhe und am Oberrhein wahrzunehmen. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und heißt die Mitglieder der Oberrheinrates als Gäste der Landesgartenschau Landau 2015 herzlich willkommen.

**Präsident Kautzmann** dankt Herrn Oberbürgermeister Schlimmer für seine Ausführungen und gibt dem Geschäftsführer der Landesgartenschau, Herrn Schmauder, Gelegenheit für eine kurze Vorstellung des Konzepts der Landesgartenschau. Im Anschluss hieran werde Herr Schmauder die Gäste durch das Gartenschau Gelände zur Vinothek begleiten, wo ein kleiner Mittagsimbiss gereicht werde, zu dem er schon jetzt herzlich einlade.

**Herr Schmauder** informiert die Sitzungsteilnehmer über die wesentlichen Eckdaten der Landesgartenschau:

- Zeitrahmen: 17. April bis 18. Oktober 2015
- Kosten: 35 Mio € (Gartenschau + Konversionsmaßnahmen + Durchführungsjahr)
- Förderung: 27 Mio €
- Eigenanteil der Stadt: 8 Mio €
- Durchführungshaushalt: 13 Mio €
- Erwartete Besucherzahl: 600.000 Besucher
- Zielgruppe: Generation 50+, Personenkreise mit besonderem Interesse für Garten, Kultur, Genuss (Wein, Kulinaristik, Wellness)

Das Ausstellungsgelände umfasst die Konversionsfläche (künftiges Wohnen für 1500-1800 Einwohner), weiteres Gelände im Süden Landaus mit einem umfangreichen Spiel- und Freizeitcampus (Sporthalle, Fußballplatz, Trendsportarten, Spielstationen) sowie die Fortführung der Landschaftsachse mit Aussichtsturm, die die Innenstadt dauerhaft mit dem Süden verbinden wird. Die Realisierung entspricht vollständig dem 2010 abgegebenen Wettbewerbsplan des Landschaftsarchitekturbüros A24 Landschaft. Er erläutert die Pflanz- und Gestaltungselemente der Landesgartenschau sowie das ca. 2000 Veranstaltungen umfassende Veranstaltungskonzept (Musik, Theater, Literatur, Sport, ...) einschließlich des sogenannten "Grünen Klassenzimmers" mit spezifischen Angeboten für Schulen und lässt anhand eines Vorher-Nachher-Vergleichs den Konversionsprozess auf dem Gartenschau-gelände Revue passieren. Langfristig betrachtet leiste die Landesgartenschau und die mit ihr eingeleitete städtebauliche Entwicklung einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der weichen Standortfaktoren, ermögliche es, dem demographischen Wandel gegenzusteuern, belebe den Immobilienmarkt, verschaffe dem Einzelhandel und Gewerbe, insbesondere dem Beherbergungsgewerbe (steigende Übernachtungszahlen), ein deutliches Umsatzplus, schaffe Arbeitsplätze vor, während und nach der Gartenschau und trage insgesamt zu einem Imagegewinn der Stadt Landau bei. Er dankt den Mitgliedern des Oberrheinrates für ihre Aufmerksamkeit.

**Präsident Kautzmann** dankt Herrn Schmauder für seine Ausführungen und erklärt die Sitzung für beendet.

## **Punkt 8 Verschiedenes**

*Der Tagesordnungspunkt entfällt.*

**Präsident Kautzmann** dankt den Mitgliedern des Oberrheinrates für ihre engagierten Beratungen und lädt sie zu einem kurzen Rundgang über das Gelände der Landesgartenschau unter der Führung von Herrn Schmauder ein, um sich anschließend in der Vinothek zu einem gemeinsamen Mittagssnack zusammenzufinden.